



Sozialdemokratische Partei Deutschlands Ortsverein Bad Homburg v.d.Höhe

An die lokale Tagespresse

Verantwortlich:

Elke Barth

Vorsitzende

SPD Ortsverein Bad Homburg

Tel. 0179 55 080 20

Bad Homburg, 25.05.2008

Engagement von Jugendlichen in der Politik verdient Respekt

Die SPD wundert sich über den großen Einsatz der FDP, den politischen Jugendorganisationen in Bad Homburg nach über zwei Jahrzehnten ihre Büros zu schließen. Dass dies der FDP sogar eine teure Anzeige wert ist, wundert mich doch sehr, so Elke Barth. Die FDP begründet dies mit dem Parteiengesetz und befindet sich damit nach Meinung der SPD schon auf einem Irrweg. Nach § 2 Absatz 2 Parteiengesetz verliert man seinen Parteienstatus, wenn man nicht regelmäßig bei Bundes- und Landtagswahlen antritt. Das tun weder Jusos, noch Junge Union noch die Jungen Grünen, insofern haben die Jugendorganisationen auch keinen Parteienstatus. Außerdem kann man bei allen drei Jugendorganisationen auch Mitglied sein ohne die Mitgliedschaft in der jeweiligen Mutterpartei. Von diesem Angebot machen bei uns sehr viele Jugendliche Gebrauch, so Elke Barth. Den Jusos ist ihre Unabhängigkeit sehr wichtig und es gehört zu ihrem Selbstverständnis.

Das Büro der Jusos befindet sich in einer kleinen 3-Zimmerwohnung in der Schönen Aussicht gemeinsam mit dem VDK. Da der VDK keine Kündigung erhalten hat, würde somit nur das ca. 16 qm große Zimmer der Jusos frei, was sich so wohl kaum weitervermieten ließe. Die einzige Einsparung wären somit etwa 10 Euro anteilige Stromkosten.

Die SPD findet den Vorstoß der FDP absolut unverständlich, schließlich befindet sich die Stadt in keinem finanziellen Engpass. Wir sind praktisch schuldenfrei und sollte uns das Engagement politischer Jugendorganisationen nicht 10.000 Euro im Jahr wert sein? Schließlich hat auch die FDP gerade wieder zugestimmt, das Bürgermeisterwahlverfahren zum jetzt dritten Mal zu beenden und jeder Anlauf kostet die Stadt 20.000 Euro! Hier spielen die Kosten wohl keine Rolle....

Gemeinsam haben die Jugendorganisationen im vergangenen Jahr einen Politik-Talk auf dem Marktplatz veranstaltet und einen Flyer gegen Rechtsextremismus verteilt – eine Schließung der Büros, wo die Jugendlichen sich ohne Verzehrzwang wöchentlich treffen. Das Engagement der jungen Leute verdient Unterstützung und Respekt – die Schließung der Büros wäre hier das absolut falsche Signal. Wir sollten uns um wichtigere Dinge kümmern, die in Bad Homburg im Argen liegen als uns ständig mit solchen Kleinkriegen zu befassen. Dem Vernehmen nach gibt es auch bei der CDU-Fraktion Widerstände gegen den unsinnigen Alleingang von Stadtrat Peter Vollrath-Kühne (FDP) – die SPD fordert daher die CDU auf, dem Antrag der Grünen zuzustimmen, mit dem die Kündigungen zurückgenommen werden sollen. Hier hätte der neue Fraktionsvorsitzende der CDU eine weitere Gelegenheit sich zu profilieren und zu beweisen, dass tatsächlich ein neuer Stil im Parlament einziehen soll, so Barth abschließend.